

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Gießener Universitäts- und Steindruckerei.
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 51.
Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

255. Sitzung. — Dienstag, 12. Mai 1914.

Vom Bundesrat: v. Falkenhayn.

Präsident Dr. Kappeler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. und teilt mit, daß der Reichsfanzler ihm für die Beileidungsbekundung des Reichstages, die ihn tief gerührt habe, seinen aufrichtigen Dank übermittelt habe.

Der Militärretal.

(Siebenter Tag.)

Die Beratung wird beim „Artillerie- und Waffensystem“ fortgesetzt.

Abg. Büchner (Soz.):

Den Arbeitern der Militärversitäten wird das Koalitionsrecht ganz unzulässig eingeschränkt. Die Polizeibehörde in Spandau weicht nicht einmal, daß die Gewerkschaften keine Mitglieder der Reichswehr brauchen. So dümm ist sie. (Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner zur Ordnung.) Auch die anderen Einrichtungen der Militärfabriken lassen viel zu wünschen übrig. Der Kriegsminister lehnt es ab, die berechtigten Wünsche der Arbeiter, selbst wenn sie vom Arbeiterausschuß vorgebracht werden, entgegenzunehmen. Der Direktor Weiskopf kann in Spandau wie ein unbeschränkter Herrscher wohnen; wer ihm nicht paßt, den schmeißt er raus. Ein Skandal sind die Zustände in Danzig. Fort mit der Willkürherrschaft, dem Kadavergehörigkeit — Gleichberechtigung für die Arbeiter.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Selbstverständlich werden bei so großen und vielfältigen Betrieben wie unsere technischen Institute, allerlei Vorschläge von Verbesserungen und auch wohl Klagen über angebliche oder tatsächliche Mißstände laut. Alles darüber eingehende Material werden wir eingehend prüfen, sobald es uns in bestimmter Fassung übergeben wird. Ohne solches Material, lediglich auf die Vorwürfe, die aus dem Hause kommen, aber eine Untersuchung anzustellen, ist nicht ratsam. Sie nimmt viel Zeit in Anspruch, bringt unnötige Unruhe in die Arbeiterschaft und führt schließlich zu dem Ergebnis, daß die zur Sprache gebrachten Fälle übertrieben oder enthielt sind. § 1 unserer Arbeitsordnung besagt, daß Personen, die sozialistischen oder sonstigen staatsfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisten oder von denen vorausgesehen ist, daß sie den Frieden zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft stören, werden nicht angestellt, oder wenn sie diesen Vorbedingungen später nicht entsprechen, wird ihnen gekündigt. In diesem Standpunkt werden wir festhalten. (Beifall rechts.) Geldstrafen werden nur von dem Vorstand der Betriebe verhängt und nur bei Verstößen gegen Kontrollvorschriften der Verwaltung und des Betriebes.

Die Kantinen sind niemals staatliche Einrichtungen gewesen, sondern stets Privatbetriebe, für die Inhaber mit ihrem Vermögen haften. Doch dabei die Arbeiterauschüsse nicht bestimmend mitzuwirken haben, ist selbstverständlich. In einem vom Vizepräsidenten namentlich angeführten Fall hat der Betreffende in den zum Kantinenbetriebe gehörenden Räumen wohl die gemeinsamen beschafften Lebensmittel verteilt, aber dabei die Gelegenheit benutzt, Vertrauensmännerverfassungen einzurichten, wobei er auch, was nicht erlaubt ist, alkoholische Getränke abgegeben hat. Wenn jemand nach dreizehn Jahren sich so aufführt, muß ihm gekündigt werden. (Beifall rechts.) Eine Statistik der Unfälle wird jedes Jahr im Reichsversicherungsbuch veröffentlicht. Im Jahre 1912 kamen auf 40 000 Arbeiter 83 Unfälle. Die Verrückung von Fässen, die wir nicht kennen, kann eine wirkliche Besserung nicht herbeiführen. Ich habe deshalb die Ausführungen des Abg. Büchner vom vorigen Jahre nochmals unter die Lupe genommen. Dabei habe ich gefunden, daß die Beschreibungen der gewöhnlichen Gewahrsamsmänner oder des gewissenhaften Anonymus, auf den er sich stützt, vielfach unrichtig sind. Wir haben einen regen Andrang zu verzeichnen. Unsere Arbeitsnachweise sind derzeit überfüllt, daß sie eine Zeitlang gesperrt werden müssen, weil der Bedarf auf Jahre hinaus gedeckt ist. (Beifall rechts.) Die Satzungen des Arbeiterausschusses sind ausgearbeitet worden. Die Ausschussmitglieder sind in ihrem Arbeitsverhältnis gesichert. In der Wohnungsverwaltung tun wir unser Möglichstes. Wir wissen, daß wir trotzdem noch weit zurück sind, da wir keine Geldmittel für diesen Zweck haben. Für Wohnverhältnisse sind in den letzten fünfzehn Jahren 8 bis 9 Millionen ausgegeben worden. Die Entlöhne der ungelernten Arbeiter sind überall erhöht worden. Die technischen Institute sind in ihrer Fortentwicklung nicht zurückgeblieben.

Abg. Trimborn (Zentr.):

Die Arbeiterausschüsse kommen immer noch nicht voll zur Geltung. Die Arbeiter haben das Gefühl, daß sie bei energischem Auftreten ihre Stellung verlieren. Die Verwaltung sollte dafür sorgen, daß ihre wohlwollenden Absichten auch von den unteren Organen wirklich durchgeföhrt werden. Die Arbeiter in Siegburg klagen darüber, daß sie schlechter entlohnt werden als die Spandauer. Den Meistern muß eingestanden werden, daß es sich bei der Festsetzung der Löhne um einen Vertrag handelt, bei dem auch die Arbeitnehmer zu hören sind. Bei der Verfassung in eine niedrigere Lohnklasse sollte man vorsichtig sein. Die Anrechnung der Militärdienstzeit muß in gerechter Weise geregelt werden. Der Redner bringt dann Wünsche und Beschwerden einzelner Beamten- und Arbeiterkategorien vor. Auf die jährliche Besoldungsvorlage können ja die Beamten nicht rechnen, denn sie steht — das darf man wohl betonen — heute nicht gerade als Gesetz.

Abg. Weinhausen (Sp.):

Der Betrieb der technischen Institute soll nicht bloß nach militärischen, sondern auch mehr nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden. Das technische Element soll mehr in den Vordergrund treten. Die Offiziere überwiegen viel zu stark vor den Ingenieuren und Technizern. Der häufige Wechsel in den höheren Offiziersstellen muß den Betrieb ebenfalls beeinträchtigen. Durch Verwendung auch unklarer Offiziere ließe sich vielleicht eine größere Stetigkeit herbeiführen. Das Schreibwerk ist viel zu groß und nimmt ständig zu. Die Gehälter bedürfen einer Verbesserung. Wir beantragen auch, daß die Dienststunden geregelt und Stundenpläne offen ausgearbeitet werden. Ebenso soll eine geregelte Sonntagsruhe und ausreichender Erholungsurlaub eingeföhrt werden. In Danzig sind Löhne und Wohnungsgelder niedriger bemessen als in Spandau. Dabei liegen die Verhältnisse annähernd gleich. Warum soll für Danzig nicht recht sein, was für Spandau billig ist? Bei sozialen Verbesserungen soll die Betriebsverwaltung nicht erst

auf das Vorangehen anderer Behörden warten. Soziale Fürsorge, aber auch soziale Rücksicht tun wir!

Abg. Dr. v. Graefe (Kons.):

Wir wollen die wirtschafts-friedlichen Arbeiterverbände nicht vergessen, auch da, wo der Staat Arbeitgeber ist. Deshalb sollen wir die Wünsche des Handwerker-Bundes der militärtechnischen Institute wohlwollend und sachlich berücksichtigen. Sie berühren sich in vielen Punkten mit denen, die von den Vorrednern vorgetragen wurden. Die schmähtlichen Verdächtigungen, die von sozialdemokratischer Seite gegen den Handwerkerbund erhoben worden sind, weise ich entschieden zurück. Von Korruption kann bei ihm keine Rede sein. Die Arbeiter werden immer mehr lernen, wo ihre wirklichen Freunde sitzen.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):

Die Arbeiter der Siegburger Geschloßfabrik werden unzureichend entlohnt.

Ein Antrag Gothein (Sp.) — Großer (Zentr.) — Dr. Hertel (Kons.) auf Schluß der Debatte wird gegen die Sozialdemokraten angenommen. (Beifall. Andauernde Unruhe der Soz.)

Ein Antrag Dr. Müller-Meinungen (Sp.) über die Forderung des Erholungsurlaubs für den Neubau des Militärfabinetts namentlich abgelehnt, findet nicht die nötige Unterstützung.

Eine Resolution Adolph (Sp.) im Interesse der unteren Beamten der Heeresverwaltung auf Regelung der Dienststunden und Einführung eines ausgedehnten Stundenplans hingenommen und gleichzeitig für geregelte Sonntagsruhe und ausreichenden Erholungsurlaub Sorge zu tragen, wird angenommen.

Festungen, Ingenieure, Pionier- u. Verkehrswesen.

Abg. Duffner (Zentr.):

regt die weitere Verwendung von Motorbooten an.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Wir haben Versuche mit Motorbooten gemacht. In gewissen Fällen sind sie weniger brauchbar als andere, weil sie sich nicht über Land transportieren lassen.

Abg. Rudloff (Zentr.):

verlangt den Ausbau der sog. Forstbergbahn Köln-Brühl-Bonn. Der jetzige Zustand ist einer Stadt wie Köln unwürdig. Wie steht es mit der Entschädigung der Anlieger?

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Die Festungsbehörden sind aufgefordert worden, die Entschädigungsfragen der Anlieger erneut zu prüfen; die Antwort steht noch aus.

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung über den Neubau des Militärfabinetts nunmehr die genügende Anzahl von Unterschriften gefunden hat. Die Abstimmung wird aber erst morgen stattfinden.

Abg. Lehrens (Wirtsch. Bgg.):

bringt einige Wünsche der Festungsbauarbeiter vor.

Abg. Trimborn (Zentr.):

bittet um Statistisierung der Zivilschreiber in den Festungsbaubureaus.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Die Tätigkeit dieser Zivilschreiber ist nur vorübergehend, und deshalb ist eine Statistisierung nicht berechtigt. Jedoch ist die Befoldung dieser Schreiber aufgebessert worden.

Abg. Schürmer (Zentr.):

Die Fürsorge für die Arbeiter der Militärverwaltung läßt viel zu wünschen übrig. Wir haben die Einrichtung einer Pensionskasse vorgeschlagen, bisher sind aber unsere Bestrebungen vergeblich gewesen.

Generalmajor v. Hohenborn:

Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse sind wir zu der Ansicht gekommen, daß sich die Einrichtung besonderer Pensionskassen nicht empfiehlt, auch nicht im Interesse der Arbeiter, deren Beiträge verhältnismäßig hoch sein müßten. Die Vorteile würden dem nicht entsprechen. Bei den Eisenbahnarbeitern mögen die Verhältnisse etwas günstiger liegen. Aber sonst steht die Heeresverwaltung in diesen Dingen hinter keiner anderen Behörde zurück.

Garnisonverwaltungsweisen.

Abg. Hüttmann (Soz.):

Bei den zahlreichen Neubauten, die die Heeresverwaltung notwendig gemacht hat, sollte die Verwaltung darauf sehen, daß überall die bestehenden Tarifverträge eingehalten werden.

Der Neubau des Militärfabinetts.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

In der ersten Lesung und noch eingehender in der Budgetkommission habe ich die Gründe dieser Vorlage auseinandergesetzt. Von der überwiegenden Mehrheit der Budgetkommission ist mir auch nicht bestritten worden, daß wenn die Heeresverwaltung die wirtschaftlichen Interessen des Reiches wahren wollte, sie mit der Vorlage kommen mußte. Ich überlasse der Abstimmung des Hauses, die Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen.

Abg. Frhr. v. Kerckerink (Zentr.):

wünscht eine Erweiterung der katholischen Garnisonkirche in Münster i. W.

Abg. Dr. Luard-Frankfurt (Soz.):

Der Neubau für ein Generalkommando in Frankfurt a. M. ist unnötig.

Generalmajor v. Schoeler:

Die bisherige Wohnung des kommandierenden Generals reichte nicht aus. Die Militärverwaltung hat nach längerem Suchen einen Bauplatz in günstiger Lage erworben. Die Stadtverwaltung hat sich mit dem Vertrage einverstanden erklärt.

Abg. Belzer (Zentr.):

bringt Wünsche der Anlieger des Truppenübungsplatzes Geyersberg vor.

Generalmajor v. Schoeler.

ragt Entgegenkommen zu.

Berichterstatter Abg. Erzberger (Zentr.):

Dr. Liebknecht hat gestern die Firma Goetz anagriffen. Auf Grund einer Denunziation eines früheren Direktors von Goetz hat die Staatsanwaltschaft eingehende Ermittlungen angestellt, aber zweimal ein Einstweiliges abgelehnt. Davon hat gestern Dr. Liebknecht kein Wort gesagt. (Hört! Hört!) Er hat ohne Bedenken eine angelegene deutsche Firma zu unrecht beschuldigt. (Hört! Hört!)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.):

Das Monopol der Veröffentlichungen der Veränderungen in der Armee im Militärwochenblatt stellt einen Millionenwert dar. Man sollte überlegen, ob diese Veröffentlichungen nicht im Armeeverordnungsblatt erfolgen können.

Damit ist der Militärretal in zweiter Lesung erledigt. (Beifall. Beifall.)

Die Duala-Angelegenheit.

Es folgt die zweite Lesung des zurückgestellten Etats für Kamerun.

Abg. Wels (Soz.):

Der Reichstag muß von der Regierung über koloniale Angelegenheiten weit besser unterrichtet werden, als es bisher geschieht. Die Westafrikanische Handelsgesellschaft entsendet in ihrem Profiteurinteresse die Eingeborenen in einer Weise, die geradezu ein öffentlicher Skandal ist. Der Vertreter dieser Gesellschaft ist aber sehr einflußreich, deshalb geht die Regierung nicht gegen ihn vor. Die Kaufverträge dieser Gesellschaft müssen gründlich nachgeprüft werden. In der Duala-Angelegenheit haben wir Sozialdemokraten an sich gegen die Sanierung und Enteignung nichts einzumenden. Wir wenden uns aber gegen die rigorose Art, in der sie durchgeführt wird. Die Regierung erklärte feierlich, die Enteignung solle in der schonendsten Weise vorgenommen werden. Die Tatsachen schlugen aber dieser Erklärung geradezu ins Gesicht.

Wenn mit der Enteignung die Zwangsansiedelung an einem bestimmten Plage verbunden wird, so ist das ein geschwiegenes Verbrechen. Ueber 700 Duala sind über die Grenze nach Nigeria entwichen. Durch die Maßnahmen der Regierung haben die Eingeborenen viel mehr Kosten und Verluste gehabt als durch die Kommission, die sie zur Information des Reichstages nach Berlin geschickt haben. Die Duala haben lediglich ihren Heimathoden verteidigt. Die Sache gegen Rechtsanwalt Halpert steht ganz im Einklang mit jenem Enteignungsverfahren. Wie kommt die Regierung dazu, den Verkehr zwischen Angehörigen der Schutzgebiete und Reichstagsabgeordneten zu verhindern? Die ganze Post an Schwarz ist in Duala beschlagnahmt worden. Das Telegramm von dem drohenden Ausbruch der Duala ist eine abgekartete Sache gewesen. (Unruhe.)

Staatssekretär Dr. Solz:

Der Vorredner hat behauptet, das Telegramm des Gouverneurs von Bahr wegen des geplanten Hochverrats der Duala sei bestellte Arbeit und abgekartet zwischen mir und dem Gouverneur gewesen. Gewissermaßen ein Theaterstück. Ich lege gegen diese durch nichts bewiesene Behauptung Verwahrung ein und erkläre, daß ich durch dieses Telegramm ebenso überrascht worden bin, wie ich auch in der Budgetkommission erklärte, daß weder ich noch irgend einer meiner Arbeiter auch nur eine Ahnung davon gehabt haben, daß ein solches Telegramm zu erwarten sei. Ich lege deshalb gegen diese Behauptung Verwahrung ein. Wenn sie wahr wäre, so hätte ich mich ganz anders verhalten. Denn ich war der erste, der die Budgetkommission darauf aufmerksam machte, daß man den Inhalt des Telegramms doch nicht so schnell aufzuspüren habe. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Baasche (Kons.):

Es ist gegen mich der Vorwurf erhoben, ich hätte gegen die Tradition des Hauses verstoßen, daß ich eine von dem Rechtsanwalt Dr. Halpert eingereichte Denkschrift zur Duala-Angelegenheit nicht den Mitgliedern des Reichstages ausgeben ließ. Diese Denkschrift enthält schwere Verdächtigungen gegen die Regierung, und es ist nicht üblich, solche Dinge mit dem Stempel des Reichstags zu versehen. Da muß man es dem Einsender schon selbst überlassen, das Porto zu tragen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Vizepräsident Dr. Baasche vergißt, daß der Verfasser der Denkschrift sich in einer Vertretungsstellung gegenüber der Regierung befand.

Abg. Dr. Hertel (Kons.):

Namens meiner Freunde glaube ich anerkennen zu dürfen, daß das Vorgehen des Vizepräsidenten vollkommen korrekt war. Die Sozialdemokraten selbst haben sich früher einmal beschwert, daß eine Eingabe als amtliche Drucksache verteilt war, die Angriffe gegen die Sozialdemokratie enthielt. Heutzutage klingen aus der Denkschrift waren uns ja schon in der Kommission auf den Tisch geflogen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Ich bitte doch zu bedenken, daß es ein Unrecht gegen Herrn Dr. Halpert war, wenn man ihm die Gelegenheit nahm, und rechtzeitig seine Ansicht zu übermitteln. Diese Denkschrift ist und vorerhalten worden. Das ist eine Benachteiligung des Reichstags.

Vizepräsident Dr. Baasche:

Es ist meine Pflicht, Denkschriften zurückzuhalten, die beleidigend sind. Das ist immer so gehandhabt worden.

Abg. Spahn (Zentr.):

Wenn eine solche Schrift beleidigend ist, darf sie nicht verbreitet werden, schon mit Rücksicht auf dieses Haus. Dr. Baasche hat vollkommen richtig gehandelt.

Abg. Schult (Sp.) stimmt zu.

Abg. Reinath (Kons.):

Wir billigen die Haltung des Vizepräsidenten. (Beifall.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.):

billigt ebenfalls das Verhalten Dr. Baasches.

Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Mittwoch 2 Uhr: Kameralische Abstimmung über das Militärfabinetts, Duala-Angelegenheit, Einreise, Etat des Reichstags, des Reichshofamts und der Allgemeinen Finanzverwaltung.

Schluss 7 1/2 Uhr.

001 888 227111 54 99 285 [08] 76 378 584 632 38
002 863 891 228004 60 71 78 138 [10000] 210 54 83
003 600 23 75 705 48 88 946 60 81 229087 345 63
004 413 635 612 10 712 63
005 230194 81 384 [1000] 889 893 946 231187 [1000]
006 486 567 712 32 82 802 610 232007 811 46 [1000]
007 10000 66 851 [10000] 801 704 233102 84 734